

## Niedersachsen investiert in Beteiligung zur Endlagersuche

Ev. Akademie Loccum, 28. Juni 2021

Andreas Sikorski

Leiter der Abteilung Atomaufsicht, Strahlenschutz im Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

## Beteiligung nach StandAG



### Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Gebietskörperschaften der Teilgebiete, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

BGE erläutert den Bericht

Fachkonferenz berät Teilgebiete und teilt der BGE die Ergebnisse mit

Beratungsergebnisse werden bei dem Vorschlag der übertägig zu erkundenden Standortregionen berücksichtigt

## **StandAG** 0 ÷ 8 Regionalkonferenzen

BASE richtet in jeder übertägig zu erkundenen Region eine Regionalkonferenz ein

Vollversammlung: in den kommunalen oder unmittelbar angrenzenden Gebietskörperschaften oder in unmittelbar andrenzenden kommunalen Gebietskörperschaften gemeldeten Personen über 16; Interessen der betroffenen Bürgerlinnen anderer Staaten sind gleichwertig zu berücksichtigen

Vertretungskreis: je ein Drittel Bürger:innen der Vollversammlung, Vertreter:innen der kommunalen Gebietskörperschaften der Standortregion, sowie gesellschaftlicher Gruppen

begleiten das Auswahlverfahren; erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme (auch bei der Erarbeitung der sozioökonomischen Potenzialanalysen)

erarbeiten Konzepte zur Förderung der Regionalentwicklung und sind bei der letztendlichen Standortvereinbarung zu beteiligen

informieren die Öffentlichkeit in angemessenem Umfang; sie können ihre Unterlagen auf der BASE Infoplattform veröffentlichen

können sich wissenschaftlicher Beratung bedienen

Möglichkeit bei Mangel in den Vorschlägen einen Nachprüfauftrag an das BASE zu richten (nur bis zur Bekanntmachung des Erörterungstermins zum jeweiligen Vorschlag)

Auflösung nach Ausscheiden einer Region aus dem Verfahren.

## StandAG) 1 8 Erörterungstermine

Öffentlichkeit und den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, wird von BASE Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Vorschlägen sowie den dazu jeweils vorliegenden Berichten und Unterlagen gegeben

die Stellungnahmen sind innerhalb einer Frist von drei Monaten abzugeben

Die Stellungnahmen sind bei den weiteren Verfahrensschritten zu berücksichtigen; BASE und BGE werten die Stellungnahmen aus.

nach dem iew.

Stellungnahmeverfahren führt BASE in den betroffenen Gebieten einen Erörterungstermin zu den Vorschlägen auf Grundlage der ausgewerteten Stellungnahmen durch

wesentlichen Unterlagen sind auf der Internetplattform des BASE zu veröffentlichen und für die Dauer von mindestens einem Monat im räumlichen Bereich der betroffenen Gebiete auszulegen

Teilnehmer: interessierte Öffentlichkeit, Träger öffentlicher Belange, Vorhabenträger, Vertreter der in den §§ 10 und 11 StandAG geregelten Konferenzen, die jeweils zuständigen obersten Landesbehörden und die betroffenen

Gebietskörperschaften

## StandAG 7 8 Regionen der

Rat

BASE richtet nach Bildung der Regionalkonferenzen eine Fachkonferenz Rat der Regionen ein. Diese setzt sich aus Vertretern der Regionalkonferenzen und von Gemeinden, in denen radioaktive Abfälle zwischengelagert werden, zusammen.

Die Fachkonferenz Rat der Regionen begleitet die Prozesse der Regionalkonferenzen aus überregionaler Sicht und leistet Hilfestellung beim Ausgleich widerstreitender Interessen der Standortregionen.

## Beteiligung in Niedersachsen Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

## Mandat der Landesregierung

Die niedersächsische Landesregierung begleitet das Standortauswahlverfahren kritisch - konstruktiv.

Sie wird darauf achten, dass es wie gesetzlich vorgeschrieben partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend, lernend und reversibel durchgeführt wird.

Sie versteht sich dabei in erster Linie als Anwältin der Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens.

## Kampagne des Landes

"Niedersächsisches Begleit-Forum Endlager" als überparteiliches Bündnis von Politik und Zivilgesellschaft mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren – auch auf regionaler Ebene.

Informationsveranstaltungen der Landesregierung für die breite Öffentlichkeit.

Expertenteam zur Unterstützung vor Ort.

# Hilfe für Gebietskörperschaften

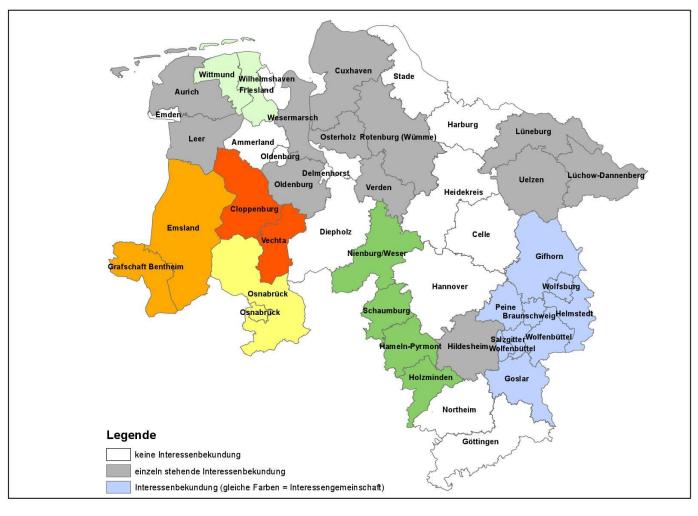
Finanzielle Unterstützung der Gebietskörperschaften:

Zuwendungen i.H.v. 500.000 € für 2021 für Informationsveranstaltungen, Sachverständigenleistungen etc.

Einbindung regionaler Initiativen wird unterstützt.

Schwerpunkt auch auf Einbindung von Vertretern der jungen Generation

## Interessenbekundung



Interessenbekundung bis 30. April 2021

Rückmeldung aus 32 Gebietskörperschaften

6 Interessengemeinschaften

12 Einzelerklärungen

13 ohne Rückmeldung

:

## Auskehrung der Mittel (I)



- Zuwendungen i.H.v. 500.000 € für 2021:
  - <u>Sachverständigenleistungen</u> zur fachlichen Einordnung und Erläuterung des Zwischenberichts in Bezug auf "eigene" Teilgebiete
  - Informationsveranstaltungen für interessierte Bürger:innen
  - Arbeitskreise/Workshops unter Beteiligung insbesondere der örtlichen Kommunen/Interessenvertretungen (BI, Jugend, Naturschutz, Kirche)
  - → Fachliche Einordnung des Zwischenberichts und fachliche Begleitung im (weiteren) Standortauswahlprozess
  - → Information der betroffenen Bürger:innen (Thema allgemeinverständlich aufbereiten, Interesse wecken, aktiv zur Beteiligung aufrufen)
- Aufteilung der Mittel nach Betroffenheit (Anzahl der Teilgebiete)
- Die Vertragsentwürfe wurden Anfang Juni an die Zuwendungsempfänger versandt.

## Auskehrung der Mittel (II)



### Ablauf:

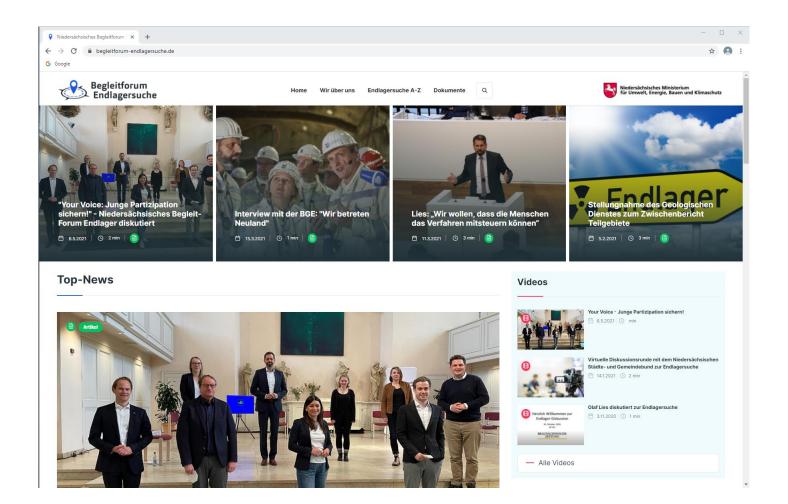
- Landkreise teilen dem MU die konkret geplanten Maßnahmen vorab mit
- MU prüft die Förderungsfähigkeit und gibt Maßnahme frei
- Redundanzen, die bei größeren Teilgebieten durch die parallele Beauftragung von Leistungen durch angrenzende Landkreise entstehen können, sollen vermieden werden
- → MU regt Kontaktaufnahme mit benachbarten LKen an und verweist auf Gebietskörperschaften mit gleichen Teilgebieten
- MU veröffentlicht die Ergebnisse auf der Homepage www.begleitforum-endlagersuche.de
- Bislang sind drei Mitteilungen über konkrete Vorhaben eingegangen und zeitnah für förderungsfähig erachtet worden.
- Es wird kurzfristig mit weiteren Maßnahmenanmeldungen gerechnet.

## **Ausblick**



- Die Landesregierung beabsichtigt, die Gebietskörperschaften auch in 2022 finanziell zu unterstützen.
- Weitere Informationsveranstaltungen des Nds. Begleitforums an zentralen Orten Niedersachsens im Oktober und Dezember 2021
- Weiterentwicklung der Webseite <u>www.begleitforum-endlagersuche.de</u>
  - Zentrales Informationsportal für lokale und regionale Initiativen
  - Basis für Netzwerkbildung der lokalen Initiativen untereinander
  - Einrichtung eines überregionalen Diskussionsforums
  - → Anregungen aus Ihrer Mitte sind erwünscht!

## Begleitforum Endlagersuche Niedersächsisches Ministerium



für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz



## Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hinweis auf die nächste Veranstaltung mit Herrn Minister Lies:

Online-Informationsveranstaltung des Niedersächsischen Städtetags "Standortauswahl – wie geht es weiter für die Standortregionen?" am 12.07.2021 um 16:00h mit BGE und BUND